



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 15.10.2019

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Frensch, Kristin
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Kirchenbauer, Achim
Konstandin, Angelika
Lüthje-Lenhardt, Monika
Mohamed Fahir, Aisha
Möller, Eva
Rahn, Klaus-Helimar
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon
Vogel, Roland
Vortisch, Volker Hans

Schriftführer/in:

Härer, Roland

Verwaltung:

Knobloch, Günter
Kröner, Wolfgang
Müller, Rüdiger
Sturm, Thomas

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Reeb, Tilo - entschuldigt



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 07.10.2019.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 10.10.2019.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitgliedern anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderätin Schaier
Gemeinderat Vortisch



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Waldzustandsbericht **BV/401/2019**
Kultur- und Hiebsplan 2019 - Vollzug
Kultur- und Hiebsplan 2020 - Nutzungsplanung
- Beratung und Beschlussfassung
3. Städtebauliche Erneuerung "Neue Ortsmitte Söllingen" **BV/407/2019**
- Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen zur Prüfung der Sanierungsbedürftigkeit (§ 141 Abs. 3 BauGB)
4. Sanierung Trinkwasser- und Abwasserleitungen in der B 10, Kleinsteinbach zwischen Kreisverkehrsplatz und Ortsausgang Richtung Remchingen **BV/408/2019**
- Vergütung der Schlussrechnungen des Werkunternehmers für die Verlegung der Trinkwasserleitungen und der Kanäle
- Genehmigung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben
- Beratung und Beschlussfassung
5. Mitteilungen der Bürgermeisterin
6. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
7. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner stellt auf Anfrage fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen.

2. Waldzustandsbericht Kultur- und Hiebsplan 2019 - Vollzug Kultur- und Hiebsplan 2020 - Nutzungsplanung - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner begrüßt Herrn Rupp vom Landratsamt Karlsruhe und Revierförster Köpf. Sie bittet Herrn Rupp um seinen Sachvortrag.

Herr Rupp gibt zunächst Informationen zum laufenden Forstwirtschaftsjahr. Bis Ende des Jahres plane man einen Holzeinschlag von rund 8000 Festmetern. Etwa ein Drittel davon sei ein Zwangseinschlag, der aufgrund der Dürre in den Jahren 2018 und 2019 und des Borkenkäferbefalls notwendig werde. Ein Einschlag von etwa 100 Festmetern sei auch bei den Buchen aufgrund von Trockenschäden notwendig. Auf den bisherigen Schadflächen und zur Ergänzung der Naturverjüngungen habe man fast 10.000 Jungbäume gepflanzt, hauptsächlich Eichen, Douglasien und Lärchen. Aufgrund der Zwangseinschläge und weil ein Forstwart wegen Krankheit ausgefallen sei, habe man in der Bestandspflege nicht die anvisierte Menge geschafft. Zusammengefasst könne er den Zustand des Pfinztaler Waldes nur als labil bezeichnen. Grund hierfür sei unter anderem die Tatsache, dass im Jahr 2018 bei deutlich überdurchschnittlichen Temperaturen mindesten zwei Monatsniederschläge ausgeblieben sind. Auch 2019 fehle der notwendige Niederschlag, weshalb die Vegetation leide. Den Wasserspeicher des Waldes bezeichnet er nach wie vor als leer, weshalb man dringend auf eine ergiebige Niederschlagsmenge hoffe. Der Kultur- und Hiebsplan für das kommende Jahr sehe einen Holzeinschlag von 7300 Festmetern vor, hierin sollten auch die Zwangsnutzungen enthalten sein. Sollten die Zwangsnutzungen geringer ausfallen, könne man gerne den Planansatz unterschreiten. Nach der Holzernte wolle man im kommenden Jahr die Schadflächen aufpflanzen. Er gehe davon aus, dass etwa zwei bis drei Hektar bepflanzt werden müssen, hinzu komme die Pflege von etwa 12 Hektar Jungbeständen. Er weist auf die von der Gemeinde beschlossene Forsteinrichtungsplanung hin. Im Rahmen dieser Planung sei es der Gemeinde wichtig gewesen, den Anteil der Eichen im Pfinztaler Wald zu erhöhen. Die forstliche Versuchsanstalt habe bestätigt, dass Eichen eine sehr gute Wahl im Blick auf die Klimaerwärmung sind und auf den Flächen der ausgefallenen Fichten angepflanzt werden könnten. Das Gemeindeziel eines artenreichen Waldes könne seiner Meinung nach aber nur erreicht werden wenn es gelinge, die Schäden durch Wildverbiss in Grenzen zu halten. Aus diesem Grund müsse bei der Bejagung des Rehwilds mehr getan werden als in der Vergangenheit. Er halte den Aufbau eines Mischwaldes für viel wichtiger als die Erhaltung eines Rehwildbestandes, der nicht konform mit den Jagdgesetzen sei. Aus haushaltstechnischer Sicht sei darauf hinzuweisen, dass der Preis für Nadelholz sehr stark gesunken ist. Geplanten Ausgaben in Höhe von 556.000 Euro würden nur etwa 360.000 Euro an Einnahmen entgegenstehen, so dass voraussichtlich ein Defizit von ca. 195.000 Euro entsteht. Hintergrund sei die Tatsache, dass Zwangseinschläge deutlich zunehmen werden, was mit einem Mehraufwand verbunden ist. Auch seien Eichenjungpflanzen teuer. Auch die Beförsterungskosten würden sich nach der Forstreform erhöhen, diese Aufgabe werde nicht mehr subventioniert. Dies sei eine ganz neue Entwicklung für die Gemeinde Pfinztal, nachdem man in den zurückliegenden Jahren immer einen Ertrag erwirtschaften und an den Haushalt abführen konnte. An dieser Entwicklung lasse sich allerdings nichts ändern.

Gemeinderätin Elsenbusch lässt wissen, ihre Frage nach dem Zustandekommen des Defi-



zits habe sich damit erklärt, dass der Holzpreis für das Nadelholz stark nachgegeben hat. Der wirtschaftliche Aspekt des Waldes genieße in ihrer Fraktion aber nicht Priorität. Sie spricht das angesprochene Problem des Verbisses von Jungpflanzen an und will wissen, ob die Forstvertreter ihre Kritik an den Jägern auch gegenüber diesen kommunizieren. Sie frage sich, ob der Revierförster bei den Versammlungen der Jäger dabei ist. Die Problematik sollte auf jeden Fall nicht nur gegenüber dem Gemeinderat kommuniziert werden, sondern auch mit den Jägern. Eine weitere Frage zielt auf die künftige Anpflanzung von Jungpflanzen im Blick auf die Klimaerwärmung. Ziel sei nach den Aussagen des Forstes die Aufforstung mit Baumarten, die mit höheren Temperaturen besser klarkommen. In einem Mischwald sollen neben Eichen auch Lärchen vorkommen. Nach ihrer Kenntnis handle es sich bei der Lärche aber um eine empfindliche Baumart. Weiter geht sie auf das laufende Forstwirtschaftsjahr 2019 ein, in dem ein Zuschussbedarf von 61.000 € eingeplant war. Weil aber nur drei Hektar Jungbestände anstatt elf Hektar gepflegt wurden und weil anstatt 7000 Festmetern sogar 8000 Festmeter eingeschlagen wurden, sollte doch eigentlich ein Überschuss erwirtschaftet worden sein.

Herr Rupp gibt Erläuterungen. Die Jäger würde man mit Gutachten zum Abschussplan informieren. Außerdem erhalte jeder Jagdpächter die Einschätzungen zur Verbiss-situation für seine Flächen. Auch gebe es regelmäßige Gespräche mit den Pächtern. Sicherlich würden sich die Jäger redlich bemühen, doch sei festzustellen, dass die Schadflächen größer geworden sind, weshalb auch deren Anstrengungen größer werden müssten. Im Blick auf die Jagdverpachtung sei es auf jeden Fall Part des Gemeinderats, die Ziele zur Bejagung des Waldes vorzugeben. Zur Lärche sei zu sagen, dass dies eine Mischbaumart im Pfinztaler Wald ist. Sicherlich sei die Lärche keine unempfindliche Baumart, vor dem Gesichtspunkt zur Schaffung eines Mischwaldes sollte man dieses Risiko allerdings eingehen. Zum Wirtschaftsjahr 2019 sei zu sagen, dass die Einnahmen nicht so geflossen sind, wie man sich das erhofft hat. Die Forstarbeiter hätten außerdem in die Überwachung mehr Zeit investieren müssen bei gleichbleibenden Lohnkosten. Insofern habe unter dem Strich kein Überschuss herauskommen können.

Herr Köpf nennt als Grund für das Defizit den neuerlichen Borkenkäferbefall und die Tatsache, dass der Holzpreis für das Nadelholz um 50 % gefallen ist. Die geräumten Flächen müsse man neu begründen, was mit einem enormen Arbeitsaufwand verbunden sei.

Gemeinderat Kirchenbauer teilt mit, er besitze eine Broschüre des Landkreises zum Wald, in dem drei weitere Problempunkte aufgeführt seien. Es handle sich um das Eschentriebsterben, die Rußrindenkrankheit am Bergahorn und die Population von Schadinsekten. Er will wissen, ob diese Faktoren auch ausschlaggebend für die Entwicklung des Pfinztaler Waldes sind. Nachdem auch das Jahr 2019 ein sehr trockenes Jahr werden wird sei ihm noch wichtig zu wissen, welche Auswirkungen dies auf die Eiche haben kann. Insgesamt sei er der Meinung, dass man künftig Baumarten anpflanzen muss, die weniger Wasser benötigen. Er habe von einer forstlichen Standortkartierung gelesen, aus der man sehen könne, welche Baumart sinnvoller Weise gepflanzt werden soll. Er will wissen, ob es eine solche Kartierung auch für den Gemeindewald gibt. Bei der Baumplanzaktion sei außerdem angesprochen worden, dass das Einbringen alternativer Baumarten vom Forst geprüft werde. Gemeint seien beispielsweise mediterrane Baumarten. Er bitte auch hierzu um Erläuterungen.

Herr Rupp betont, im Pfinztaler Wald gebe es nur etwa 2 % Eschen, insofern stelle das Eschentriebssterben kein Problem dar. Es gebe keine starken Ausfälle, lediglich in einer Mulde im Großen Wald habe man auf einer Fläche von zwei Hektar Ausfälle zu verzeichnen. Dies sei allerdings der einzige Bereich, der unter dem Eschentriebsterben zu leiden hat. Verursacht werde das Eschentriebsterben durch einen Pilz, der schon immer heimisch war. Von Osten sei allerdings eine Mutation dieses Pilzes eingewandert, die Probleme bereite. In diesem Jahr habe man den Eindruck, dass diese Problematik etwas weniger intensiv ist. Es



bestehe also die Hoffnung, dass die Esche überlebe. Er bezeichnet das Eschentriebsterben insofern als Problem, das für den Pfinztaler Wald allerdings nicht existenziell sei. Die Rußrindkrankheit beim Bergahorn sei tatsächlich ein Problem, in Pfinztal sei davon allerdings nur ein Baum betroffen. Bezüglich der Schadinsekten für die Buche könne er auf den Brachkäfer verweisen; er sei allerdings keine große Kalamität. Zur Baumartenwahl für Aufforstungen sei zu sagen, dass man eine Standortkartierung aus den Jahren 1975 – 1980 habe, die anerkannt gut ist. Der Pfinztaler Gemeindewald sei ein Buchenwald mit einem geringen Eichenanteil. Auf die Klimaerwärmung reagiere man dahingehend, dass der Anteil der Eichen auf 20 Prozent angehoben werden soll. Derzeit liege deren Anteil bei etwa acht Prozent. Ein Wechsel zu mediterranen Bäumen werde von der forstlichen Versuchsanstalt nicht empfohlen, weil resistente Baumarten beispielsweise unter Frostschäden zu leiden haben. Die Schwarzkiefer sei allerdings ein Baum, mit der ein Versuch unternommen werden könnte. Er sei der Meinung, dass mit einem eichenreichen Mischwald in Pfinztal ausreichend Vorsorge getroffen wird. Trotzdem sollte die Entwicklung im Blick auf die Trockenheit berücksichtigt werden. Beim Wald gelte allerdings eine Umtriebszeit von 100 – 150 Jahren.

Gemeinderat Rothweiler meint, er könne im Prinzip das gleiche wie im vergangenen Jahr sagen. Er verzichte darauf und zitiere aus einem Waldzustandsbericht des Landkreises. Danach stelle das Hitzejahr 2018 eine Zäsur für die Wälder dar. Es sei eines der trockensten Jahre gewesen. Verschärft werde die Ausirkung dieses Jahres noch dadurch, weil auch in den Vorjahren Wärmerekorde gebrochen wurden. Der dadurch bedingte hohe Schadholzanfall mache den Ansatz für das Forstwirtschaftsjahr schon nach vier Monaten zunichte. Die Buche nehme beim Schadholz derzeit noch einen geringen Anteil ein, trotzdem würden viele Bäume bereits ausgetrocknete Äste im Kronenbereich aufweisen. Mit Folgeschäden an den Buchen sei also zu rechnen. Viel mehr gebe es hierzu nicht zu sagen. Er stellt fest, dass die Wälder die Menschen vor dem Klimawandel retten sollen, aber selber darunter leiden. Die Frage sei also, was zu tun ist, wenn die Wasserspeicher leer sind und die warmen Sommer sich künftig im Zweijahresrhythmus wiederholen. Er verweist auf die Rückegassen in den Wäldern, die eine regelrechte Bodenverdichtung darstellen, weshalb das Oberflächenwasser nicht einsickern könne. Bereits vor Jahren habe er angemahnt, dass das Problem konsequent angegangen werden muss. Die Verdichtung des Bodens sei auf jeden Fall ein großes Problem. Die Frage stelle sich, ob man im Blick auf die Art der Bewirtschaftung wieder einen Schritt zurückgehen muss oder ganz neu zu denken habe. Denn der Mensch werde das Wetter nicht in den Griff bekommen. Auch mit der Wahl einer Baumart beispielsweise aus Korsika sei es nicht getan. Zum Borkenkäfer meint er, dieser habe eine wichtige Rolle im Stoffkreislauf. Er befinde sich nur in den Bäumen, die Stress haben. Von Seiten der Grünen fordere man Konzepte vom Forst, um diese Entwicklung zu stoppen. Es könne nicht sein, dass der Forst nach alten Methoden vorgeht. Man fordere ein neues Walddenken. Sofern dieses Denken einen Anfang finde, werde man dem Kultur und Hiebsplan wieder zustimmen; heute werde das aber nicht der Fall sein.

Gemeinderat Dr. Rahn verweist darauf, dass bis zum Jahresende 8000 Festmeter eingeschlagen werden sollen, obwohl die Planung nur 7000 Festmeter vorgesehen hat. Er will wissen, warum der Plan nicht eingehalten wurde.

Herr Rupp antwortet, im vergangenen Jahr habe man 6700 Festmeter eingeschlagen, in diesem Jahr seien 7000 Festmeter geplant gewesen. Weil man aber absterbende Buchen einschlagen muss, werde sich der Einschlag erhöhen. Diese Zwangsnutzungen seien unbedingt notwendig, auch aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht. Sofern die Witterung helfe hoffe man für das nächste Jahr, beim Einschlag unter dem Planansatz bleiben zu können.

Gemeinderat Dr. Rahn lässt wissen, vordergründig ergebe sich zwar ein Defizit, dies sei für ihn aber unwichtig. Die Funktionen des Waldes seien aus seiner Sicht viel wichtiger und gar nicht zu bezahlen. Er warne davor, auf fremdländische Baumarten zu setzen, auch weil man



nicht wisse, welche Auswirkungen dies auf die heimischen Baumarten haben kann. Man habe hier im Winter nach wie vor Fröste und noch lange kein mediterranes Klima. Aus seiner Sicht wäre es ein probates Mittel, verstärkt auf Naturverjüngungen zu setzen. Diese Jungpflanzen hätten die größten Chancen auf ein erfolgreiches Gedeihen.

Gemeinderat Hörter spricht die Ankündigungen von Bund und Land an, nach der langen Trockenheit die Kommunen finanziell unterstützen zu wollen. Er frage sich, was bei den Kommunen finanziell tatsächlich ankommt. Zum Stichwort „Setzlinge“ verweise er auf die früher vorhandenen Pflanzschulen mit eigenen Beständen. Er will wissen, ob noch viele Flächen aufzuforsten sind und ob das Personal ausreicht. Möglicherweise könnten auch Schulprojekte beim Pflanzen helfen.

Herr Köpf antwortet, Förderungen seien zwar angedacht, es gebe allerdings noch keine klare Linie. Für das Hacken von Borkenkäferholz gebe es Förderungen, die auch in Anspruch genommen werden. Andere Förderungen seien im Moment noch nicht konkret bezeichnet. Zu den Jungpflanzen sei zu sagen, dass der Markt rar werde. Zum Glück habe man für den Herbst 3000 junge Eichen bestellt und sei damit gut versorgt.

Herr Rupp ergänzt, früher habe es Pflanzschulen gegeben, die man allerdings aufgegeben habe. In Berghausen werde eine Pflanzschule noch für Sondersortimente genutzt. Wenn man selber Pflanzen produzieren möchte, könne man dies nur zu deutlich höheren Kosten machen als professionelle Pflanzschulen dies tun. In diesem Fall müsste man Arbeiter einstellen und Maschinen beschaffen. Aus den Pflanzschulen könne man sich heutzutage ordentliches Material liefern lassen. Er halte insofern eine Reaktivierung der Pflanzschulen für nicht notwendig. Für wichtig halte er es, eine leistungsfähige Drei-Mann-Rotte für den Pfinztaler Wald zu haben. Leider sei ein Mitarbeiter derzeit krank.

Gemeinderätin Rothweiler spricht sich gegen eine kommerzielle Nutzung des Gemeindeforstes aus, denn dieser sei ein CO₂-Speicher. Auch halte sie den Rehwildbestand nicht konform mit dem Jagdgesetz. Sie bitte um Erläuterung, was mit dem Satz aus der Verwaltungsvorlage, dass eine kosequentere Rehwildbejagung unabdingbar ist, gemeint sei.

Herr Rupp erklärt, nach dem Jagdgesetz sei der Wald so zu bewirtschaften, dass die Hauptbaumarten ohne Schaden nachwachsen können. Die Eiche sei in Pfinztal eine Hauptbaumart; Jungpflanzen sollten nicht so stark verbissen werden, wie dies derzeit der Fall sei. Mischwälder würden einen angepassten Wildbestand erfordern. Wenn man den Wildtierbestand nicht reguliere, würden die Mischbaumarten vom Wild aus dem Buchenwald herausselektiert und man habe zu viele Buchen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt **Bürgermeisterin Bodner** folgende Abstimmungsfrage:

„Wer stimmt dem Kultur- und Hiebsplan für das Jahr 2020 zu? Der Vollzu der Arbeiten im Gemeindeforest 2019 wird zur Kenntnis genommen; ebenso der vorgelegte Entwurf des Gemeindefhaushalts. Der Gemeinderat empfehle, diesen in den Gesamthaushalt zu übernehmen.“

Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Bürgermeisterin Bodner bedankt sich anschließend bei Herrn Rupp, der demnächst in den Ruhestand geht, für die gute und kompetente Beratung der Gemeinde in den zurückliegenden Jahren. Sie wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Herr Rupp bedankt sich für die guten Diskussionen mit dem Gremium und meint, nur durch den Austausch von Meinungen könne man zu guten Ergebnissen kommen.



3. Städtebauliche Erneuerung "Neue Ortsmitte Söllingen" - Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen zur Prüfung der Sanierungsbedürftigkeit (§ 141 Abs. 3 BauGB)

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, der Technik- und Umweltausschuss habe in seiner Sitzung am 10.09.2019 folgende Empfehlung an den Gemeinderat ausgesprochen: Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Arbeitskreises „Innerörtliche Entwicklung“ / des Ortschaftsrates Söllingen und beschließt Variante D als Grundlage für das weitere Verfahren. Sie verweist auf den weiteren Inhalt der Verwaltungsvorlage mit folgendem Sachverhalt: *Davon ausgehend, dass der Gemeinderat dieser Empfehlung im Rahmen der Sitzung am 24.09.2019 folgt, sind nun weitere Beschlüsse zu fassen, um das Verfahren zur Vorbereitung der Sanierung formell einzuleiten. Bezüglich der Historie sowie der grundsätzlichen Zielsetzung wird auf die Beschlussvorlage BV/382/2019-1 verwiesen.*

Bereits im Juni wurde die Kommunalentwicklungsgesellschaft (KE) mit der Erarbeitung eines Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes beauftragt (ISEK). Das ISEK stellt den Zustand (Ausgangslage „städtebauliches Problemgebiet“) sowie die grundsätzliche Sanierungsbedürftigkeit des Gebiets dar und bildet somit – gemeinsam mit dem am 17.09.2019 im Gemeinderat beschlossenen Gemeindeentwicklungskonzept (GEK) „Pfinztal 2035“ – die Ausgangsposition für die anstehenden vorbereitenden Untersuchungen. Zunächst unabhängig von den vorbereitenden Untersuchungen sollten ISEK und GEK gemeinsam mit dem Antrag auf Aufnahme in ein Städtebauförderprogramm noch im Oktober (Fristablauf 31.10.2019) beim Regierungspräsidium als zuständige Behörde eingereicht werden.

Die vorbereitenden Untersuchungen sind Teil des nach dem BauGB vorgeschriebenen Verfahrens. Im Zuge der vorbereitenden Untersuchungen sollen insbesondere folgende Inhalte abgearbeitet werden:

- *Umfassende Bestandsaufnahme / Feststellung städtebaulicher Missstände*
 - *Ermittlung städtebaulicher Ziele, die im Rahmen einer Sanierung erreicht werden sollen*
 - *Ermittlung von Anhaltspunkten zu Dauer und Kosten der geplanten Sanierung*
 - *Information der (betroffenen) Bürger sowie der öffentlichen Aufgabenträger und Behörden*
- Der Untersuchungsbereich ist im beigefügten Lageplan, Stand: 08.08.2019 dargestellt. Er umfasst ca. 10.900 m². Die Abgrenzung des späteren Sanierungsgebietes kann – abhängig von den Ergebnissen / Erkenntnissen der vorbereitenden Untersuchungen – vom Untersuchungsbereich abweichen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Beschluss über vorbereitende Untersuchungen nicht gleichbedeutend mit der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes ist. Dieses bedarf – zu einem späteren Zeitpunkt – einer besonderen Sanierungssatzung.*

Als vorläufige Ziele und Zwecke der Sanierung wurden bestimmt:

- *Steigerung der Aufenthaltsqualität des zentralen innerörtlichen Bereichs durch Neugestaltung (Platzanlage)*
- *Sicherung und Anpassung sowie Erweiterung des öffentlichen, denkmalgeschützten Bestandsgebäudes „Bürgerhaus“ mit verschiedenen (öffentlichen) Nutzungen*
- *Maß- und sinnvolle Nachverdichtung und / oder Neugestaltung und Weiterentwicklung des Bereichs südlich der B10 und des Rathausplatzes*
- *Ortsgerichte und ökologische Umgestaltung der Freiflächen*

Die Überplanung und Entwicklung des Areals soll maßgeblich dazu beitragen, die Söllinger



Ortsmitte zu einem lebendigen Quartier zu entwickeln und so eine gute und auf Dauer angelegte Grundlage für ein soziales Miteinander sowie ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld zu schaffen.

Stichwort „Klimaoffensive“

Der Leitfaden des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg, Stand 15. April 2019 führt u. a. die nachfolgenden Aspekte als Förderschwerpunkte der entsprechenden Programme auf:

- Ganzheitliche ökologische Erneuerung mit den vordringlichen Handlungsfeldern Energieeffizienz im Altbaubestand, Verbesserung des Stadtklimas, Reduzierung von Lärm und Abgasen, Aktivierung der Naturkreisläufe in den festgelegten Gebieten.
- Aufwertung des öffentlichen Raumes und des Wohnumfeldes durch Schaffung und Erhalt sowie Qualifizierung von multifunktionalen Grün- und Freiräumen.

Das Areal ist bereits heute nahezu vollständig bebaut / versiegelt. Im Zuge einer Überplanung und Entwicklung des Gebiets eröffnet sich die Chance, ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das im Hinblick auf die „Klimaoffensive“ Modellcharakter entfalten kann.

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt teilt mit, die Fraktion der Grünen werde nicht einheitlich abstimmen. Man finde die Idee super, die Ziele würden den Vorstellungen entsprechen, es gebe aber Stimmen die sagen, dass man sich das Ganze nicht leisten kann. Aus diesem Grund werde es kein einheitliches Abstimmungsverhalten der Grünen geben.

Gemeinderat Vortisch lässt wissen, auch die SPD-Fraktion werde nicht einheitlich abstimmen. Der Beschluss solle keinen Automatismus für die Zukunft darstellen.

Gemeinderat Rendes bezeichnet es als logische Folge des bisherigen Verlaufs in dieser Sache und den richtigen Schritt, nun die vorgeschlagenen Beschlüsse zu fassen.

Gemeinderätin Fahir informiert, sie werde gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen. Sie habe sich lange Gedanken gemacht und sei zunächst von der Idee begeistert gewesen. Jetzt aber werde sie sich gegen das Projekt aussprechen, weil sich in der Zwischenzeit etwas geändert hat. Die Gemeinde habe sich dafür entschieden, für ein anderes Projekt sehr viel Geld auszugeben und werde sich dieses nicht mehr leisten können. Sie finde es wichtiger, mit dem eingesparten Geld soziale Projekte umzusetzen.

Gemeinderat Dr. Rahn teilt mit, die ULiP werde sich enthalten, weil man aktuell nicht mit dem Raumprogramm einverstanden sei. Sicherlich müsse in dem Areal etwas getan werden und auch die Aufnahme in ein Sanierungsprogramm sei richtig.

Gemeinderat Hörter meint zu der Überlegung, das Geld lieber in soziale Projekte zu investieren, dass im momentanen Haushalt bereits ca. 60 % des Volumens in soziale Projekte investiert wird. Aus diesem Grund müsse man auch Geld ausgeben in die Verbesserung der Infrastruktur.

Bürgermeisterin Bodner stellt danach folgende Abstimmungsfrage: „**Wer kann folgender Vorgehensweise zustimmen?**“

1. Das Gebiet „Neue Ortsmitte Söllingen“ wurde als städtebauliches Problemgebiet ermittelt. Der Gemeinderat beschließt deshalb den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen zur Prüfung der Sanierungsbedürftigkeit gem. § 141 Abs. 3 BauGB für den im beigefügten Lageplan dargestellten Untersuchungsbereich. Der Lageplan, Stand: 08.08.2019 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Die Verwaltung bzw. die Kommunalentwicklungsgesellschaft (KE) – im Rahmen der



getroffenen vertraglichen Vereinbarung – werden beauftragt und ermächtigt, für die Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen alle im Verfahren notwendigen Anträge zu stellen und insbesondere auch die Mitwirkungspflicht der betroffenen Eigentümer, Mieter, Pächter sowie weiteren Nutzungsberechtigten im Untersuchungsbereich zu fördern. Dies gilt auch für die Entgegennahme von Vorschlägen für die beabsichtigte Sanierung.

3. Der Beschluss ist ortsüblich bekanntzumachen. In diesem Zusammenhang ist auf die Mitwirkungspflicht nach § 138 BauGB hinzuweisen.

Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

4. **Sanierung Trinkwasser- und Abwasserleitungen in der B 10, Kleinsteinbach zwischen Kreisverkehrsplatz und Ortsausgang Richtung Remchingen**
- Vergütung der Schlussrechnungen des Werkunternehmers für die Verlegung der Trinkwasserleitungen und der Kanäle
 - Genehmigung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben
 - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner verweist auf folgenden Inhalt der Sitzungsvorlage:

In der Zeit von Oktober 2016 bis Dezember 2017 wurden im parallelen Verlauf zueinander die Trinkwasserleitungen und die Wasserleitungen in der B 10 zwischen Kreisverkehrsplatz und ATSV Sportplatz ausgetauscht. Der Bauablauf gestaltete sich äußerst schwierig. Neben vorhersehbaren Komplikationen, die sich u. a. aus der Verkehrsführung durch die Baustelle hindurch ergeben, kam es auch zu solchen, die unerwartet auftraten. Dies waren beim Kanal hauptsächlich die extreme Inhomogenität der angetroffenen Böden (obwohl vorher geologische Erkundung erfolgte) sowie das Auftreten enormer Wassereinbrüche. Im Bereich der Wasserleitung ergaben sich die Mehrkosten dadurch, dass nahezu sämtliche Anschlussleitungen zu den Anliegergrundstücken wider Erwarten mit erneuert werden mussten. Dennoch konnte die Baustelle einigermaßen geordnet abgewickelt werden, wenngleich sich auch die angedachte Bauzeit nahezu verdoppelte.

Nicht nur der Komplexität der Abrechnung, auch den übervollen Auftragsbüchern der Firmen ist es zuzuschreiben, dass die Schlussrechnungen des Unternehmens erst Mitte 2019 bei der Gemeinde eingegangen sind. In diesem Jahr sind für das Gewerk Abwasserleitung noch Finanzmittel im Haushalt eingestellt, nicht jedoch für die Wasserleitung.

Zum Kanal:

- | | |
|-------------------------------|--------------|
| • Auftragssumme | 714.000,00 € |
| • Abrechnungssumme | 571,141,73 € |
| • Abschlagszahlung 2017 | 366.000,00 € |
| ergibt eine Restforderung von | 205.141,73 € |

Zusammen mit noch ausstehenden Ingenieurhonoraren würden in 2019 noch Forderungen über 225.000 € ausstehen. Im Haushaltsplan 2019 sind jedoch nur 150.000 € eingestellt, sodass hier überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 75.000 € durch den Gemeinderat zu genehmigen wären.

Zur Wasserleitung:

- | | |
|-----------------|--------------|
| • Auftragssumme | 255.112,00 € |
|-----------------|--------------|



- Schlussrechnung 508.700,20 €
- Abschlagszahlungen 266.000,00 €
- Offene Rechnungsforderung 242.700,20 €
- HH-Ansatz 2019: Keine HH-Mittel eingestellt (da Abrechnung in 2018 erwartet wurde).

Es wären gemäß obiger Aufstellung noch eine Restforderung von 243.000 € des gewerblichen Unternehmers und rd. 20.000 € an Ingenieurleistungen zu vergüten, sodass hier in 2019 ein Betrag von 263.000 € fällig würde. Da hier in 2019 kein HH-Ansatz untergebracht wurde, wären die 263.000 € als außerplanmäßige Ausgaben zu beschließen.

Das dritte von der Firma Harsch erbrachte Gewerk, nämlich der (Teil-)Straßenbau (nicht zu verwechseln mit dem, was das Regierungspräsidium zu bauen hatte) konnte haushaltskonform abgeschlossen werden. Für die Abrechnung des Teils, den das Regierungspräsidium Karlsruhe beim Ausbau der Straße für die Gemeinde erbracht hat, sind in 2019 die entsprechenden Haushaltsmittel noch vorhanden.

Der Gemeinderat wird gebeten, der überplanmäßigen Ausgabe und der außerplanmäßigen Ausgabe zustimmen zu wollen. Der Vollständigkeit halber sei angeführt, dass die HH-Ansätze 2015 – 2019 bei der Kanalisation Beträge von 425.000 €/600.000 €/150.000 € aufwiesen, bei Anfall lediglich einer Abschlagszahlung in Höhe von 366.000 €. Bei der Wasserversorgung ist das Bild so, dass in den Haushaltsjahren 2016 – 2018 430.000 €/420.000 €/300.000 € bei Stellung einer Abschlagszahlung in Höhe von 266.000 € veranschlagt waren. Zudem ist anzuführen, dass die Mehrkosten bei der Wasserversorgungsleitung überwiegend aus Leistungen resultieren, die der Haushaltsstelle 6.3547 552000 (in 2019 450.000 €) zugeordnet werden könnten. Da sich aber das „Ausdifferenzieren“ der Bauleistungen schwierig gestaltet und auch aus Gründen der Kostenklarheit hat sich das OBA entschieden, alle Kosten über die HH-Stelle „Wasserversorgungsleitung B 10, Pforzheimer Straße im Zuge der Deckensanierung“ (HH-St. 7.3907 950217-001) abzuwickeln.

Durch Einsparungen an anderen Stellen – gilt für beide Eigenbetriebe – ist die Finanzierung gesichert.

Herr Knobloch ergänzt, die Problematik liege darin, dass der beauftragte Unternehmer seine Rechnungen um Jahre verspätet gestellt hat. Es sei überhaupt nicht so, dass die Kosten davongelaufen sind, die eingestellten Gelder seien in den zurückliegenden Jahren nicht abgerufen worden. Dies treffe sowohl auf die Sanierung der Trinkwasser- als auch für die Abwasserleitungen zu. In diesem Jahr seien deshalb nicht so viele Haushaltsmittel bereitgestellt worden, weil man gedacht habe, dass die Mittel in den Vorjahren abfließen.

Gemeinderätin Schaier meint, zunächst sei man erschrocken über die angeforderten Geldbeträge. Tatsächlich sei es aber eine schwierige Baustelle gewesen, dies habe sie bei ihren täglichen Besuchen festgestellt. Gute Arbeit koste Geld, die Forderungen seien gerechtfertigt und müssten insofern bezahlt werden. Für die CDU-Fraktion könne sie die Zustimmung zum Beschlussvorschlag signalisieren.

Herr Knobloch informiert zur Kostensituation, dass die Dauer der Maßnahme nicht ausschlaggebend war, denn tatsächlich sei nach den Massen abgerechnet worden.

Gemeinderätin Konstandin meint, die vorgetragene Argumente könnten nicht vollständig überzeugen. Im Wissen, dass das Geld in den Vorjahren nicht abgerufen wurde, hätte man es in diesem Jahr einstellen können. Insofern passe die Argumentation nicht. Unbestritten sei die geforderte Summe. Eine Antwort verlange sie aber zur pauschalen Information in der Verwaltungsvorlage, dass die Finanzierung durch Einsparungen an anderen Stellen gesichert sei. Sie bitte um Mitteilung, wo genau etwas eingespart wird.



Herr Knobloch erläutert das Procedere zur Aufstellung der Haushaltsplanung. Bereits drei Jahre vor dem Haushalt müsse man abschätzen, wieviel Haushaltsmittel abfließen werden. Bereits im Jahr 2017 habe man die erforderlichen Haushaltsmittel für die Jahre 2018 und 2019 berechnen müssen.

Zur Frage der Finanzierung äußert sich **Herr Sturm**. Es gebe beispielsweise Maßnahmen, bei denen weniger Geld abfließe oder die überhaupt nicht realisiert wurden.

Gemeinderätin Konstandin meint, im nichtöffentlichen Teil werde ein Punkt beraten, der im Widerspruch zu dieser Aussage stehe.

Herr Sturm verweist auf die eingeplante Kreditaufnahme. Wenn man in die Infrastruktur investiere benötige man Geld, um dies bezahlen zu können.

Gemeinderätin Konstandin bezeichnet diese Argumentation als unlogisch, weil man keine Kredite aufnehmen müsse, wenn Geld bei anderen Maßnahmen eingespart wird.

Herr Sturm antwortet, die Bezeichnung „Einsparung“ sei so gemeint, dass von einer möglichen Kreditaufnahme in Höhe von 3,3 Mio. Euro nur ein wesentlich geringerer Betrag tatsächlich benötigt wird.

Gemeinderat Schwarz teilt mit, die Fraktion der Grünen werde der Beschlussempfehlung zustimmen.

Herr Knobloch macht deutlich, dass es bei diesen Maßnahmen keine echten Einsparungen geben wird. Fakt sei, dass hier früher eingeplantes Geld noch nicht ausgegeben wurde.

Der Gemeinderat fasst danach folgenden **einstimmigen Beschluss**:

1. **Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 75.000 € bei der Kanalisation werden genehmigt.**
2. **Die außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 263.000 € bei der Wasserleitung werden ebenfalls genehmigt.**

Beschlussvorschlag:	1.
----------------------------	-----------

5. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner spricht Einladungen zur Besichtigung der sanierten Schule und Mehrzweckhalle Wöschbach am 14.11. und zur Jugendbeteiligung am 15.11.2019 aus. Außerdem verweist sie auf die Eröffnung des Drogeriemarktes Rossmann am 15.11.2019 und die Gedenkfeier zum Volkstrauertag am 17.11.2019.

Herr Kröner ergänzt, nachdem es nun zwei Bürgermeisterkandidaten geben wird, finden in der kommenden Woche die Kandidatenvorstellungen in allen Ortsteilen statt.

Gemeinderat Schwarz verlässt an dieser Stelle um 19.36 Uhr die Sitzung.



6. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderätin Lühje-Lenhard weist darauf hin, dass man sich bereits weit im Herbst befinde und der Technik- und Umweltausschuss immer noch ausschließlich Themen des früheren Bauausschusses berät. Es sei an der Zeit, nun endlich Umweltthemen zu behandeln. Die Fraktion der Grünen habe hierzu Themenvorschläge, was ihnen wichtig sei und die man besprechen möchte.

Herr Knobloch lässt wissen, die Verwaltung bringe im November zwei Themen zur Beratung, die sich mit künftigen Baugebieten befassen, aber auch Klimaaspekte betreffen.

Gemeinderätin Schaier will wissen, ob beim Ordnungsamt Meldungen eingegangen sind, weil in Kleinsteinbach Farbschmierereien zugenommen haben. Sie meine, die Verursacher seien unter Kindern zu suchen.

Herr Müller verneint dies und sagt zu, sich bei der Polizei zu erkundigen.

Gemeinderätin Fahir teilt mit, sie habe online nachgeschaut, was zum Thema Gleichstellung von Mann und Frau bei der Gemeinde getan wird. Sie sei zu diesem Thema allerdings nicht fündig geworden. Konkret gehe es um die Gleichstellung bei Einstellungen und Beförderungen, aber auch das Thema Antidiskriminierung gelte es zu bearbeiten. Sie will wissen, ob jemand in der Verwaltung hierfür zuständig ist.

Bürgermeisterin Bodner antwortet, sie werde Frau Fahir gerne die Fragen beantworten und lade zu einem Besuch ins Rathaus ein.

Herr Sturm ergänzt, es habe in der Verwaltung eine Mitarbeiterin gegeben, die sich aber derzeit im Mutterschutz befinde. Man befinde sich derzeit in einer Findungsphase. Man achte in der Verwaltung darauf, dass bei Bewerbergesprächen die Gremien paritätisch besetzt sind.

Gemeinderat Dr. Rahn knüpft an die Wortmeldung von Gemeinderätin Lühje-Lenhard an und bezeichnet es als traurig, dass bisher noch nicht einmal ein Sitzungstermin für die Klimakommission gefunden wurde.

Gemeinderat Herb meint, er habe etwas Nebensächliches mitzuteilen. Es gehe um die Gestaltung der Sitzungsvorlagen, die aus zwei Deckblättern mit der Tagesordnung bestehe. Das erste Blatt sei vollkommen überflüssig, man könnte darauf verzichten. Weiter habe er zu melden, dass die Bahnhofsuhren in Berghausen und Söllingen seit Weihnachten 2018 eine völlig falsche Uhrzeit anzeigen. In der vergangenen Woche hätten nun Reparaturen stattgefunden. Er habe festgestellt, dass in Söllingen beide Uhren in Fahrtrichtung Karlsruhe abgebaut wurden und will wissen, ob die Verwaltung hiervon unterrichtet wurde.

Herr Körner lässt wissen, es lägen keine Informationen vor.

Gemeinderätin Schaier berichtet von einer Auskunft, wonach die Uhren abgebaut werden, wenn digitale Anzeigen vorhanden sind.

Gemeinderätin Elsenbusch bezieht sich auf einen Artikel in der Zeitung über die Umleitung der Züge auf der Eisenbahnstrecke von Karlsruhe nach Stuttgart. Sie frage sich, ob die Stadtbahnlinie S5 davon auch betroffen ist. Wenn dies der Fall sei, sollte man auf diese Ankündigung reagieren.



Herr Knobloch meint, die Informationspolitik der Bahn habe noch Luft nach oben. Der Verwaltung liege aber die Information vor, dass in Pfinztal lediglich acht Züge zusätzlich durchfahren werden. Die Hauptlast des Ausweichverkehrs habe die Bruchsaler Strecke zu tragen. Bei einer heute durchgeführten Verkehrsschau habe er dies nochmals thematisiert und zur Antwort erhalten, dass es tatsächlich nur acht zusätzliche Züge sein sollen. Bei einem Verkehr von täglich insgesamt 191 Zügen sei dies keine große zusätzliche Belastung.

Gemeinderätin Eisenbusch rät dazu, die Verwaltung sollte sich dies schriftlich bestätigen lassen.

Herr Knobloch lässt sie wissen, man habe diese Fragen bereits an die AVG gestellt, aber noch keine Antwort erhalten.

Gemeinderätin Eisenbusch will wissen, ob nach Beendigung der Baustelle in der Wöschbacher Straße der Radwegbau beginnt.

Herr Knobloch antwortet, tatsächlich sei dies von der Verwaltung so vorgesehen gewesen, allerdings werde der GVFG-Antrag vom Landratsamt gestellt. Er gehe davon aus, dass dies noch nicht geschehen ist. Von Seiten der Gemeinde sei alles erledigt worden.

Gemeinderätin Möller meint, der Pfinztaler Gemeinderat sei altersmäßig betagt, man habe wenige Mitglieder unter 40 Jahren. Nun habe man eine neue Kollegin unter dreißig Jahren, die offen ihre Meinung sage. Ihr sei aufgefallen, dass einige Kollegen links von ihr abfällig auf diese Äußerungen reagiert haben. Solche Themen seien allerdings notwendig. Denn ein 70 %iger Frauenanteil in der Gemeinde sage noch lange nichts aus über die Gleichstellung der Frauen. Sie finde es gut, dass die junge weibliche Generation solche Themen anspricht. Im Gremium sollte es ein Akt der Höflichkeit sein, solche Gedanken zu respektieren.

Gemeinderätin Konstandin informiert, in der Bockstalstraße stehe seit Juli eine Barke des Landratsamtes im Straßenraum; diese sollte wieder entfernt werden.

Herr Knobloch antwortet, der Gully gehöre zur Straße, insofern sei die Straßenmeisterei zuständig. Man werde diese Dienststelle des Landratsamtes informieren.

Gemeinderat Hörter spricht den Zuschuss des Kreises für den Radweg in der Wöschbacher Straße an. Am kommenden Donnerstag finde eine Sitzung des Kreistags zum Haushalt 2020 statt, wo dies aufgenommen werden soll.

Herr Knobloch weist ihn darauf hin, dass die Gemeinde einen offiziellen Bescheid benötigt, aber zuvor die Arbeiten für den Landkreis ausschreiben und finanziell in Vorlage treten muss.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

7. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen. Sie beendet daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.



Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Nicola Bodner Bürger-
meisterin

Gemeinderätin Schaier

Roland Härer

Gemeinderat Vortisch